

# Tagesbericht

1. Dezember 1953

Informationsdienst Nr. 2035 zur Beurteilung der Situation

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 1, Bl. 186–191 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

## Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

## ***Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft***

### ***Industrie und Verkehr***

*Über die neue Note der SU an die Westmächte<sup>1</sup> werden weitere Stimmen bekannt. Vom überwiegenden Teil der bekannt gewordenen Meinungsäußerungen wird dieser Vorschlag der SU zustimmend aufgenommen und gesagt, dass es immer wieder die SU ist, die neue Vorschläge zur Entspannung der internationalen Lage und zur Lösung des Deutschlandproblems unterbreitet. Gleichzeitig wird vielfach zum Ausdruck gebracht, dass alle Hoffnungen zur Klärung der politischen Situation besonders in Deutschland in die letzte Note der SU gesetzt werden. Negative Diskussionen dazu sind bis jetzt nur sehr vereinzelt vorhanden.*

*Ein parteiloser Arbeiter aus dem VEB Phänomen-Werk Zittau: »Dass die SU unser Freund ist, sieht man immer wieder daran, wie sie sich für den Frieden einsetzt.«*

*Ein Eisenbahner aus dem Bw Cottbus: »Jetzt gibt es für die Westmächte kein Zurück mehr. Sie müssen sich mit der SU an einen Tisch setzen und verhandeln. Die friedliebenden Völker warten darauf, da sie alle vom Krieg genug haben.«*

*Ein Arbeiter des VEB Maxhütte Unterwellenborn: »Na, habt ihr die Note gelesen? Ich habe das Gefühl, dass die SU einen großen Schritt zurückgegangen ist, weil sie der Westen dazu zwingt.«*

*Auch zur Regierungserklärung der DDR<sup>2</sup> werden verschiedentlich Diskussionen mit überwiegend positivem Charakter aus den Betrieben berichtet. So sagte ein parteiloser Arbeiter der Schiffswerft Fürstenberg: »Unsere Regierung hat schon genügend Angebote gemacht, bloß der Westen geht nie darauf ein. Hoffentlich erklären sie sich diesmal zu Verhandlungen bereit.«*

*Über einen Erfahrungsaustausch, der im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf mit einer sowjetischen Arbeiterdelegation durchgeführt wurde, äußerten sich die beteiligten Arbeiter und Ingenieure positiv. So sagte ein Abteilungsleiter der Blockwalzstraße: »Diese Aussprache wird auf fachlichem Gebiet in Zukunft, nach Anwendung der Vorschläge der sowjetischen Freunde, unbedingt eine Produktionssteigerung zur Folge haben.«*

Der Vorbereitung des II. Deutschlandtreffens<sup>3</sup> wenden besonders die Jugendlichen in einem Teil der Betriebe ihr größtes Augenmerk zu. So verpflichtete sich z. B. eine Brigade des Wismut-Objektes Oberschlema, bis zum II. Deutschlandtreffen monatlich 50,00 DM zu spenden und den Monatsplan jeweils bis zum 25. eines jeden Monats zu erfüllen.

*Produktionsschwierigkeiten*, hervorgerufen durch Waggon- oder Materialmangel, treten weiterhin bei einzelnen Betrieben auf. Die Zuckerfabrik Zeitz/Halle kann bei der jetzigen mangelhaften Waggongestellung für den Transport von Weißzucker ihre Produktion nur noch zehn Tage aufrechterhalten, da bereits sämtliche Lager des Betriebes gefüllt sind.

Im VEB Eichsfelder Obertrikotagenwerk Bickenriede/Erfurt lagern 2 500 fertige Strickwaren. Da jedoch keine Reißverschlüsse vorhanden sind, können die Waren nicht abgesetzt werden. Im November erhielt der Betrieb eine Zuteilung von 100 Stück. Aufgrund des dadurch hervorgerufenen geringen Umsatzes muss der Betrieb Kredite zur Lohnauszahlung für die Arbeiter bei der Notenbank aufnehmen. Den im Kreis Worbis/Erfurt befindlichen gleichgelagerten Betrieben fehlt ebenfalls eine Menge von 13 000 Metern Reißverschluss, um dort lagernde Stricksachen versandfertig zu machen.

Über die Umbildung der Wismut AG wird nach wie vor von einem größeren Teil der Kumpel diskutiert.<sup>4</sup>

## **Handel und Versorgung**

Aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Erfurt wird berichtet, dass eine große Nachfrage nach Mandeln, Rosinen und dgl. (*Zutaten für Weihnachtsbäckerei*) zu verzeichnen ist. Dem Wunsch der Bevölkerung kann jedoch nicht entsprochen werden. Im Bezirk Leipzig fehlt es an *HO-Margarine*.

Die Belieferung mit *Einkellerungskartoffeln* wird aus dem Bezirk Halle als abgeschlossen gemeldet. Im Kreis Zeitz/Halle wurde unter der Bevölkerung durch die angelieferten Kartoffeln Ärgernis hervorgerufen, da die Kartoffeln nicht als Speisekartoffeln verwendet werden können.

Da die vorgesehenen 60 000 *Weihnachtsbäume* aus Rumänien nicht geliefert werden, kann der Bedarf der Bevölkerung im Bezirk Erfurt nicht gedeckt werden. Vom Ministerium für Handel und Versorgung wurde der Auftrag erteilt, die Bäume im Bezirk Erfurt zu schlagen, was jedoch aufgrund des nicht vorhandenen Bestandes von Jungbäumen nicht erfüllt werden kann.

## **Landwirtschaft**

Wie aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt, Gera, Rostock, Halle und Leipzig berichtet, bestehen noch immer Schwierigkeiten in der *Ablieferung* landwirtschaftlicher Produkte. Von Groß-, Mittel- und Kleinbauern wird immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass es nicht möglich sei, das Soll 100%ig zu erfüllen. So äußerte ein Großbauer aus Torgau/Leipzig: »Ich habe mein Möglichstes getan, wenn man damit nicht einverstanden ist, soll man mir die Wirtschaft abnehmen oder mich einsperren.« Solche und ähnliche Argumente werden oft gebraucht. Unter anderem erklärte sich ein Teil bereit, sein Soll, welches nicht erfüllt werden kann, durch Austauschprodukte zu erfüllen. So erklärte ein Kleinbauer aus Neuruppin/Potsdam: »Ich habe alles getan, um mein Kartoffelsoll zu erfüllen, ich kann es aber beim besten Willen nicht schaffen. Den Fehlbestand möchte ich gern durch Ablieferung von Schweinefleisch begleichen, aber es wird mir nicht gestattet.«

Demgegenüber ist zu verzeichnen, dass es noch mehrere Bauern gibt, die bewusst nicht abliefern und zum Teil handgreiflich gegen die Erfasser werden. So wurde z. B. der Sonderbeauftragte für Erfassung vom Rat des Kreises Angermünde/Frankfurt/Oder von einem Mittelbauern angegriffen und aus dem Stall geworfen. Ein Großbauer aus Molchow/Potsdam: »Wenn ich vom Rat des Kreises schriftlich bekomme, dass ich keine Schweine mehr füttern brauche, liefere ich alles ab.«

Der Leiter der Abteilung Erfassung beim Rat des Kreises Ribnitz-Damgarten/Rostock sagt zur Erfassung: »Vor einigen Tagen war ein Vertreter des Staatssekretariats für Erfassung bei uns und gab die Anweisung, das Kartoffelsoll 100%ig zu erfassen. Ganz gleich, ob der Bauer Speise-, Futter- oder Saatkartoffeln behält. Diese Maßnahme wird natürlich prompt durchgeführt. Wenn diese unsinnige Anordnung nicht bald zurückgezogen wird, wird genauso eine Republikflucht eintreten wie vor dem 17.6. Unsere Bauern sind schon jetzt äußerst verbittert.«

Im Kreisgebiet Marienberg/Karl-Marx-Stadt wurden von 154 Einzelbauern anlässlich des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft *Selbstverpflichtungen* eingegangen. Dadurch wurden dem freien Aufkauf insgesamt 6 610 kg Schweinefleisch, 4 015 kg Rindfleisch und 41 810 kg Milch zur Verfügung gestellt.

Über die Note der SU an die Westmächte wird unter der Landbevölkerung nur vereinzelt diskutiert. Die wenigen bekannt gewordenen Meinungsäußerungen sind fast ausschließlich positiv und haben im Wesentlichen den gleichen Inhalt wie unter Betrieben und Bevölkerung berichtet.

## **Stimmung der übrigen Bevölkerung**

Über die Note der SU an die Westmächte wird unter der Bevölkerung nur wenig diskutiert. In den bekannt gewordenen Stimmen wird zum überwiegenden Teil die Friedensliebe der SU hervorgehoben. Negative Meinungsäußerungen sind nur ganz vereinzelt festzustellen.

Ein parteiloser Angestellter aus Strasburg/Neubrandenburg: »Im Vorschlag für die Außenministerkonferenz zeigt sich wieder, dass die SU nichts unversucht lässt, um den Weltfrieden herzustellen.«

Ein Arbeiter aus Ronneburg/Gera: »Einmal hat Russland abgelehnt, einmal Amerika, dann wieder Russland und jetzt wird Amerika wieder ablehnen, so wechseln sie sich ab, bis es nicht mehr geht, und dann plautzt es.«

Wie aus Dresden berichtet wird, haben die Veranstaltungen zum Abschluss des *Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft* unter der Bevölkerung guten Anklang gefunden. So äußerte ein Arbeiter aus Meißen: »Die Veranstaltungen waren in diesem Jahr wesentlich besser, da man weniger sprach und mehr Augenmerk auf die kulturellen Darbietungen legte.«

Von der Bevölkerung wird in letzter Zeit immer wieder die Frage aufgeworfen, warum es die in Presse und Rundfunk angekündigten *Zutaten für die Weihnachtsbäckerei* nicht gibt. So äußerte z. B. eine Hausfrau aus Zwickau/Karl-Marx-Stadt: »Jetzt vor Weihnachten ist es mit der guten Butter wieder aus und Mandeln sieht man gar keine. Jedes Jahr immer ein und dasselbe, immer erst vor Weihnachten oder nach Weihnachten kann man alles kaufen.«

Über die *Weihnachtszuwendung* hält die negative Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten staatlicher Verwaltungen und Institutionen weiterhin an.<sup>5</sup> So wollen z. B. 60 % der Belegschaft der Poliklinik in Bad Liebenstein/Suhl in Zukunft keine FDGB-Beiträge mehr bezahlen. An Belegschaftsversammlungen nehmen von den 240 Beschäftigten ca. 50–60 Personen teil.

## **Organisierte Feindseligkeit**

Verstärkte Verbreitung von Flugblättern wird aus den Bezirken Cottbus, Berlin, Frankfurt/Oder berichtet, vereinzelt aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden, Suhl, Potsdam, Rostock und Gera. In der Mehrzahl handelt es sich um Flugblätter der NTS<sup>6</sup> und SPD.<sup>7</sup> In den Bezirken Frankfurt/Oder, Potsdam, Gera, Rostock, Berlin werden weiterhin verstärkt Hetzschriften der KGU<sup>8</sup> und SPD durch die Post an verschiedene Personen verschickt. Teilweise waren diese Briefe an Ärzte, Rechtsanwälte und andere Personen gerichtet. In den Hetzschriften wird z. B. angeführt, wie sich diese Personen gegenüber dem SFS verhalten müssen, um nicht zu sogenannten »Spitzeldiensten« verpflichtet zu werden.

»Der Tagesspiegel« vom 29.11.1953 meldet, dass das Hilfswerk der evangelischen Kirche in einem Flugblatt Familien und Gemeinden zur »Päckchenhilfe« für die Bewohner der DDR aufruft.<sup>9</sup>

## **Einschätzung der Situation**

Die Lage hat sich gegenüber dem Vortage nicht verändert.

1

Über die Einberufung von Konferenzen der Außenminister. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26.11.1953 als Erwiderung auf deren Note vom 16.11.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 379–386. Geringfügig unterschiedliche Übersetzung in: ND, Berliner Ausgabe, v. 28.11.1953, S. 1. An beiden Stellen ist die Note an die französische Regierung dokumentiert.

2

»Der Weg zur friedlichen Lösung der Deutschen Frage«. Erklärung der DDR-Regierung durch den amtierenden Ministerpräsidenten Ulbricht vor der Volkskammer am 25.11.1953. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 26.11.1953, S. 3–5.

3

Am 10.10.1953 hatte der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker auf einer Großkundgebung in Halle die Planung des II. Deutschlandtreffens der Jugend für Pfingsten 1954 angekündigt. Das Treffen, das auf eine Einbindung westdeutscher Jugendlicher zielte, fand vom 5. bis 7.6.1954 in Ostberlin statt.

4

Hintergrund ist die entschädigungslose Übergabe der Betriebe, die sich noch in sowjetischem Eigentum befanden und somit die

Rechtsform einer Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) hatten, in das Eigentum der DDR zum 1.1.1954. Das galt nicht für die SAG Wismut, die, ebenfalls zum 1.1.1954, als paritätische Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) neu gegründet wurde. Grundlage: Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR über die Gründung der SDAG Wismut vom 22.8.1953. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Berlin 2011, Bd. 2: Dokumente, S. 194–198. In den SAG-Betrieben und speziell bei der Wismut AG waren Löhne und Prämien besonders hoch, die Arbeiter befürchteten daher eine Schlechterstellung. Vgl. auch Information Nr. 1080 v. 29.9.1953, Informationsdienst Nr. 1086 v. 6.10.1953 und Nr. 1089 v. 9.10.1953.

5

Beschluss über die Zahlung von Weihnachtsgeldern an die Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Wirtschaft vom 12.11.1953; BArch DC 20-I/3/206, Bl. 19 f. Die Zuwendungen betragen bei Verheirateten 40,00 DM, bei Ledigen 30,00 DM und bei Lehrlingen 10,00 DM. Sie waren auf die Beschäftigten der volkseigenen Industrie, Bauindustrie, des volkseigenen Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des volkseigenen Groß- und Einzelhandels sowie der volkseigenen Land- und Forstwirtschaft beschränkt. Auch durfte ein Bruttoeinkommen von monatlich 600 DM nicht überschritten werden.

6

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

7

Gemeint ist das Ostbüro der SPD, das 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet wurde. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

8

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engemann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

9

»Aus der religiösen Welt. Lebenszeichen der Liebe«. In: Der Tagesspiegel v. 29.11.1953, S. 2.